

W. Wiemer

Berlin, 1. 8. 90

An: Minister, Staatssekretäre, v. Braunmühl, Planungsstab

Bilanz und Ausblick, insbes. 2 + 4

1. Wenn man Bilanz zieht, muß man sich der Ausgangsposition vergewissern. Der Koalitionsvertrag hat eine klare Gewichtung: Hauptziel ist es, die deutsche Einheit für die Schaffung gesamteuropäischer Strukturen zu nutzen. Dazu gehört der Wunsch, die Bündnisse zu überwinden und überkommene Bedrohungspereptionen abzustellen. Für die NATO-Mitgliedschaft, von der die DDR-Regierung "ausgeht", wurden unter diesen Gesichtspunkten Kriterien entwickelt.
2. Es ist in einer multilateralen Verhandlungssituation noch keiner Regierung gelungen, alle ihre Wünsche durchzusetzen. Das gilt auch für Kohl, der ursprünglich keinerlei Neigung hatte, im Zusammenhang mit der Vereinigung niedrigere Streitkräfteobergrenzen zu akzeptieren oder gar anzubieten. Erst recht hatte er nicht die Absicht, eine so weit gehende Grenzregelung mit Polen zu treffen, die ihn sogar zu Verfassungsänderungen verpflichtet.  
Im Vergleich zu Kohl war und ist die DDR-Regierung äußerst schwach. Wozu sollte man sie ernst nehmen, wenn sie von Anfang an die Auflösung ihres Staates propagiert und konsequenterweise in Schüben Kompetenzen abgibt? Rechnet man diese strukturelle Schwäche an, sind wir doch ziemlich weit gekommen:  
daß die europäischen Integrationsprozesse seit dem Sommer 1989 erheblich vorangekommen sind, kann niemand leugnen. Auch wenn wir das operativ nicht herbeigeführt haben, haben wir denjenigen eine zusätzliche Stimme gegeben, die dafür eintraten.

Eine Entfeindungserklärung zwischen den Staaten der NATO und der WVO war vor einem halben Jahr noch undenkbar.

Daß die NATO über ihre militärischen Strukturen und Strategien nachdenkt, ist ein Fortschritt. Daß sie die atomaren Komponenten erheblich zurückschraubt und die "Modernisierungsdebatten" der letzten 7 Jahre über Nacht beendet, ist keineswegs eine Kleinigkeit.

In der Frage der NATO-Mitgliedschaft hatte sich die DDR-Regierung von Anfang an in die Hand ihrer östlichen Nachbarn gegeben, denen sie inzwischen allen als zumutbar erscheint.

Bis vor nur ganz wenigen Monaten lehnten die USA jede Festigung und Verstärkung der KSZE-Strukturen ab. Wir wollten NATO und WVO am liebsten gleich durch die KSZE ersetzen. Das Ergebnis, daß NATO und eine KSZE mit ersten eigenen Institutionen komplementär bestehen, ist mindestens ein Mittelweg, über den zu klagen ganz falsch wäre.

Die schnelle und umfassende Souveränität Deutschlands hat längere Zeit im Mittelpunkt unserer 2+4-Überlegungen gestanden. Dieses Ziel ist zweifelsfrei so gut wie erreicht. Die westeuropäische Integration ist zusätzlich gestärkt worden und deren Abgrenzung zu Osteuropa lockert sich erheblich. Diese Entwicklung liegt offenbar im selbstbestimmten definierten Interesse der Ungarn, Polen und Tschechen.

Von einem Scheitern unserer Absichten kann also überhaupt keine Rede sein.

### 3. Die Ärgernisse

Ein Fehler war, die Position zur Grenzfrage in Abhängigkeit zur polnischen Position zu definieren. Damit mußten wir nicht weiter ernstgenommen werden. Selbst eine rechtzeitige Information über die polnisch-westdeutsche Einigung unterblieb. Mit beachtet werden muß aber auch, daß Polen von Anfang an mit Priorität auf Genscher setzte. Das ist auch logisch. Uns als Spielmaterial zu benutzen, haben wir nur wenig erleichtert.

"Schlimmer" mag manchem die sowjetische Kehrtwende am Kaukasus erschienen sein, die aber im Großen und Ganzen zu erwarten gewesen war. Öfter wurde deshalb darauf hingewiesen, daß wir nicht sowjetische Interessen vertreten, sondern bestimmte Lösungen für die Stabilität Gesamteuropas, unser politisches Hauptanliegen, für wichtig halten. Falsch war es möglicherweise, wenn Anfangs eine Art mechanistisches und juristisches Politikverständnis bestanden haben sollte: wir haben gelegentlich gewünscht, daß gesamt-europäische Fortschritte in oder über 2+4 vereinbart und "festgeschrieben" werden könnten. Die "Luft" zwischen uns und Genscher erscheint mir nachträglich vor allem dadurch begründet.

Besonders falsch war es, nach dem Kaukasus weiter und betont auf der Eigenständigkeit der NVA zu bestehen. Jeder Grund dafür war entfallen. An die Stelle dieser Forderung hätte die Atomwaffenfrage treten müssen.

4. Nach meinem Eindruck haben wir zu wenig in der Öffentlichkeit agiert - und zu wenig konsequent. Die spontane "Sicherheitszone" war undurchdacht, kam viel zu früh heraus und hat unsere Seriösität in Frage gestellt. Die Presseaufmerksamkeit war da, aber wirkte verherend.

##### 5. Ausblick

Was zu tun bleibt, ist im Grunde dreierlei:

- eine verantwortungsbewußte Abwicklung der Restaufgaben, wozu m. E. auch der politisch überbewertete Stationierungskomplex gehört,
- die Gestaltung eines sauberen Abgangs der politischen Akteure,
- Wahlkampf.

Zur verantwortungsbewußten Abwicklung gehört m. E. ein menschenwürdiger Umgang mit dem Personal. Die Übergangszahlungen sind zu kurz, das Prinzip der Entlassung aller unakzeptabel. Sekretärinnen und z. B. Kraftfahrer, die bis zuletzt aushalten, müssen konkret Hilfe erhalten bei der Suche nach Ersatzarbeitsplätzen. Der Verweis auf das Arbeitsamt ist lächerlich, da diese Behörde noch immer funktionsunfähig ist. Das jüngere Personal und die frischen Absolventen sollten vorrangig beim AA untergebracht werden.

Es ist übrigens auch gesellschaftspolitisch unverträglich, Menschen zu benachteiligen, weil sie keine Helden gewesen sind. Diesem Anspruch können auch die nicht gerecht werden, die in der Bundesrepublik nie vor der Frage standen, welche sein zu sollen.

Zum "sauberen Abgang" habe ich mit meiner 2+4-Einschätzung schon einiges gesagt, also:

#### Wahlkampf

Wenn Außen- und Sicherheitspolitik ein Wahlkampfthema sein soll, ist die Frage, welche Forderungen uns von anderen unterscheidet und welche Forderung voraussichtlich noch Gehör findet angesichts anderer, von den Menschen als drängender empfundene Probleme.

Es sind m. E. zwei: Atomwaffen/Rüstung und Gesamteuropa

Hier würde ich die Schwerpunkte setzen und auch Konflikte suchen.

Beides sind Sachthemen und sie entsprechen unserer Überzeugung. Zustimmung oder Interesse mobilisieren läßt sich aber nur mit den Massenvernichtungsmitteln.

#### Was ist zu tun

Ich denke an eine Art Doppelstrategie: einerseits muß es um die Rückgewinnung der Seriosität gehen; das kann durch o. a. Aussagen zu 2+4; einschließlich Lob für Genscher geschehen.

Andererseits brauchen wir den Konfliktpunkt, und das ist die Stationierungsfrage. (Aus westdeutscher Sicht kann man übrigens

auch sagen, weil die DDR atomwaffenfreie Zone wird und der Rest Deutschlands nicht.)

Es ist also eine politische Operation erforderlich, die andere dazu zwingt, sich für Atomwaffen auszusprechen. Mit der kampflosen Aufgabe der Ministerratsvorlage und der Absicht, das Stationierungsverbot auf eine spätere Verfassungsdiskussion zu verschieben, wären bereits zwei gute Gelegenheiten verspielt. Im DDR-Entwurf für den Staatsvertrag steht das Stationierungsverbot drin, wurde mir gesagt. Es muß dazu jetzt eine Offensive z. B. im Nachgang zu den heutigen Verhandlungen geben.

Daneben sollten wir - mit Genscher von kooperativen Sicherheitsstrukturen reden - und ihn beim Wort nehmen mit unserem Vorschlag eines ersten KSZE-Vertrages. Vielleicht können wir dabei eine gewisse Isolierung auf dem Gipfel ruhig in Kauf nehmen und sie mit unserer besonderen Lage sogar begründen, nach dem Motto: Für die DDR gehen die Gestaltungsmöglichkeiten zu Ende, das ist so gewollt. Deshalb ist es für uns die letzte Gelegenheit, eine Weg aufzuzeigen, auf den sich andere in Zukunft einmal begeben werden.

Soviel zur Bilanzierung.